

FORSCHUNGSSTELLE OSTEUROPA

- Bremen -

Nr. 3 Sowjetunion Dezember 1992

Die russischen Parteien nach dem Putsch: Eine politologische Profilskizze

**von
Sergej Mitrochin**

**Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen
Universitätsallee GW 1, Postfach 33 04 40, 2800 Bremen 33
Tel. 0421/218-3687, Fax: 0421/218-3269**

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	5
Die russischen Parteien nach dem Putsch: Eine politologische Profilskizze	7
Die russischen Parteien bis zum Sommer 1992	23
Exkurs: Parteien in der Provinz	27
Abkürzungsverzeichnis	31

Die Meinungen, die in diesen "Arbeitspapieren und Materialien" der Forschungsstelle Osteuropa (Bremen) geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassungen der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung - auch auszugsweise - nur mit vorheriger Zustimmung der Forschungsstelle sowie mit Angabe des Verfassers und der Quelle gestattet.

Vorwort

Die politischen Parteien im nachsowjetischen Rußland haben noch längst keine feste Form gefunden. Aus dem öffentlichen Leben des Landes sind sie dennoch nicht mehr wegzudenken. Eben erst gegründet, unterliegen sie einem schnellen Wandel, häufigen Spaltungsprozessen und Umgruppierungen. Programmatische Aussagen und ideologische Fixierungen dominieren im allgemeinen gegenüber der Wahrnehmung sozialer Interessen - eine stabile Basis oder gar Verankerung in der Gesellschaft fehlt. Trotz der Vielzahl von Parteien hat sich ein Mehrparteiensystem im westlichen Sinne noch nicht etabliert (und konnte sich in der Kürze der Zeit noch nicht etablieren).

Der vorliegende Beitrag verfolgt das Ziel, die Keimformen des Parteienspektrums zu ordnen und auf Bedingungen wie Entwicklungsmöglichkeiten hin zu befragen. Notwendigerweise sind Analysen dieser Art Momentaufnahmen. Je näher sie an den Gegenstand heranführen, umso stärker stehen sie unter dem Zwang, die Offenheit und nicht selten die Instabilität der gegenwärtigen Konfigurationen empirisch zu veranschaulichen und theoretisch auf den Begriff zu bringen.

Mit Sergej Sergejewitsch Mitrochin kommt ein junger Sozialwissenschaftler zu Wort, der die Szenerie von innen her kennt. Als Aspirant am Institut für Soziologie der Russischen Akademie der Wissenschaften hat er sich von den ersten Anfängen an dem Studium der neuen sozialen und politischen Bewegungen in Rußland gewidmet. Heute ist er leitender Mitarbeiter am Institut für Geisteswissenschaftlich-Politologische Studien in Moskau. Den Aufsatz schrieb er im Rahmen eines Stipendium-Aufenthaltes in der Forschungsstelle Osteuropa, das Manuskript wurde im Sommer 1992 abgeschlossen.

Die russischen Parteien nach dem Putsch: Eine politologische Profilskizze

1. Die Parteien im Wandel des politischen Systems

Das politische System Rußlands befindet sich gegenwärtig in einer Aufbauphase. Im strengen Sinn des Wortes kann man noch nicht einmal von einem System sprechen, sondern es handelt sich eher um eine kaum strukturierte Ansammlung politischer Subjekte, die ihre Interessen auf verschiedenen Einflüßebenen wahrnehmen. Sehr allgemein gesprochen läßt sich unser politisches Leben in zwei Bereiche aufteilen: in einen staatlichen, der aus den offiziellen Institutionen besteht, vom Präsidenten, seiner Administration, der Regierung und dem Obersten Sowjet bis zu den Gebiets-, Stadt- und Bezirksverwaltungen, und in einen gesellschaftlichen, in dessen Rahmen freiwillige Zusammenschlüsse wie Parteien, Gewerkschaften und Bewegungen agieren. Die Besonderheit der gegenwärtigen Situation besteht darin, daß zwischen diesen beiden Sektoren keine unmittelbare Interdependenz besteht. Die Gründe hierfür sind in folgenden Spezifika der gegenwärtigen sowjetischen Gesellschaft zu suchen:

1. Die Parteien haben sich noch nicht als vollwertige politische Institutionen herausgebildet. Nach westlichen Demokratiemustern von besonders politisierten Enthusiasten (und zuweilen auch Abenteurern) geschaffen, sind sie bis zum heutigen Tag noch nicht zu pressure groups gegen die Machtorgane geworden. Die Mehrheit der Bevölkerung verbindet seine Erwartungen nicht mit Parteien oder anderen freiwilligen Organisationen, sondern richtet sie - in Übereinstimmung mit bestehenden Denkmustern - auf den Staat als autonome Kraft. Daher ziehen es die Politiker, die ja in die staatlichen Strukturen eingebettet sind, vor, selbst dann staatliche Interessen zu verfolgen, wenn diese mit ihren politischen Positionen und ihrer 'Parteilichkeit' in Widerspruch stehen. Daher rührt eine weitverbreitete Erscheinung: Parteiführer, die ihre Posten dem *Demokratischen Rußland* verdanken, verursachen in ihrem Milieu wachsenden Ärger und Protest.

2. Die korporativen Interessen gewisser Institutionen gewinnen oft die Oberhand über die abstrakten und zugleich reflektierten Interessen von Fraktionen und Parteien. Der Abgeordnete des Obersten Sowjets ist an der Erhaltung und Stärkung dieses Organs nicht weniger interessiert als an dem Sieg seiner politischen Gruppierung. Darum wird er in zentralen und kritischen Fällen nicht immer so abstimmen, wie seine Partei es von ihm fordert. Die Mitglieder ein und derselben Partei können durchaus in einen institutionellen Konflikt geraten, wenn die einen exekutive, die anderen legislative Organe vertreten.

3. Die politische Kultur des gegenwärtigen Rußland hat das Problem der doppelbödigen Politik geerbt. Die fehlende Übereinstimmung von offiziell deklarierten und kassierten, informellen Zielen und Bündnissen ist für alle Stufen der heutigen Politik charakteristisch, am offensichtlichsten aber ist sie im Fall der höchsten Gremien (des Apparats des Präsidenten, der Regierung, des Obersten Sowjets, der Armeespitze u.a.). Je mehr sich die reale Macht auf die Spitzenpositionen verlagert, desto wahrscheinlicher wird ein politisches Zusammengehen auf der Grundlage von alten Bekanntschaften, persönlicher Ergebenheit und gegenseitigen Sympathien. Damit besitzt die offizielle

Parteizugehörigkeit keinerlei Bedeutung mehr. Eine gewaltige Zahl von 'alten Kadern' ist direkt aus dem ZK-Apparat der KPdSU in die neuen Machtorgane gewechselt, während sich die 'Sieger' aus dem demokratischen Rußland bei der Aufteilung der Ämter benachteiligt fühlen.

Unter den herrschenden Bedingungen einer 'Schattenpolitik' sind die Möglichkeiten der legalen, offiziell registrierten Parteien unbedeutend im Vergleich zu der Rolle, die alle möglichen Clans, Clientèles und Cliques spielen. Über die reale Macht im Lande verfügt weder eine demokratische noch eine kommunistische, sondern die Swerdlowsker 'Partei' - eine Gruppe von Leuten, die sich seit Jelzins Tätigkeit im Swerdlowsker Gebietspartei-Komitee der KPdSU um diesen gruppiert. Der Kampf um die Macht erfolgt nicht zwischen Demokraten und Kommunisten, sondern zwischen Cliques in den Apparaten, die hochgestellte Amtspersonen um sich scharen.

4. Die Kooptierung der Kader in die Leitungsorgane verläuft nicht nur über die informellen Kanäle. Da die Regierung einen großen Bedarf an Spezialisten hat, ist sie gezwungen, den Zugang zu Staatsämtern einem großen Kreis von Experten und Praktikern zu öffnen, welche in der Regel in keiner Partei sind. Die politischen Organisationen sind nicht in der Lage, ihr intellektuelles und praxisorientiertes Potential in dem Maße zu vermehren, in dem dies kommerzielle Unternehmen, neue wissenschaftliche Forschungszentren, große Informationsagenturen und Zeitungen tun. Eine Parteikarriere hängt in Rußland nach dem Putsch nicht von einer Parteimitgliedschaft ab. Selbst wenn bei den nächsten Wahlen irgendeine der demokratischen Parteien an die Macht kommen sollte, würde das die Lage kaum verändern. Der Mangel an Intellekt und Erfahrung zwingt dazu, nach den Regeln der Kaderpolitik zu handeln - und die Schicht der neuen Kader wird zweifellos die Spezifik der jeweiligen Partei verwässern.

5. Nicht eine der gesellschaftlichen Bewegungen und Parteien verfügt gegenwärtig über ein wettbewerbsförderndes Mittel der Masseninformation. Damit können sie weder auf die Machthaber noch auf gesellschaftliche Gruppen wirksam Einfluß nehmen. Das bedeutet, daß sie nicht nur im Vergleich zu den staatlichen Organen benachteiligt sind, die Einfluß auf Fernsehen und Radio haben, sondern auch gegenüber den unabhängigen Zeitungskollektiven. Bekanntheit und Popularität einer öffentlichen Person hängen in großem Maße davon ab, wie oft sie oder er als privater Gast in den Medien auftreten. Die Herausbildung von politischer Autorität beruht auf dem Zusammenspiel der kommunikativen Fähigkeiten des Betreffenden mit der Struktur der Massenmedien und dem Auditorium (Zuschauer, Zuhörer, Leser). Die Partei hat in dieser dreigeteilten Struktur offensichtlich keinen Platz. Sogar im Hinblick auf ihre originäre Funktion als Propagandamaschinerie ist sie anderen politischen Subjekten unterlegen.

Die obigen Ausführungen machen deutlich, daß die Parteien gegenwärtig nicht zu den effektivsten Instrumenten zählen, mittels derer gesellschaftliche Gruppen auf die Politik einwirken können. Es ist hervorzuheben, daß dies besonders für die augenblickliche politische Situation charakteristisch ist. Bis zum Putsch und vor allem bis zu den Präsidentschaftswahlen in der RSFSR im Juni 1991 war dies weniger eindeutig. Als die Macht noch in den Händen des alten Apparates konzentriert war, waren die großen Bewegungen (wie z.B. das *Demokratische Rußland*) wichtig für die Organisation des gesellschaftlichen Protests. Die Bereitschaft der meisten Leute, dem Demonstrationsaufruf autoritärer Politiker zu folgen, war viel entscheidender als die Tätigkeit des *Demokratischen Rußlands* (DR), das die Bevölkerung über Ort und Zeit der durchzuführenden

Massenaktionen informierte. Ausschlaggebend war nicht irgendeine Bewegung oder Partei, sondern eine diffuse allgemeindemokratische geistige Verfaßtheit (umonastroenie), die nichts zu tun hat mit der Zugehörigkeit zu Parteien oder Bewegungen.

Diese nichtformalisierte Identifikation kann man als Parteilichkeit außerhalb von Parteien bezeichnen. Es handelt sich um politisches Engagement, das frei ist von organisatorischer Bindung und sich in der spontanen Unterstützung von Führern, Losungen und Symboliken ausdrückt. Gerade dieses Engagement brachte Jelzin - unabhängig von den Bemühungen der Agitatoren - den gewaltigen Stimmenanteil bei den Präsidentschaftswahlen und ließ die Gegner des Putsches ohne die Vermittlung irgendwelcher Parteien auf die Straßen strömen. Das demokratische Engagement, das ein nichtformalisiertes Einverständnis mit einem bestimmten minimalen Regelkanon darstellt, konzentriert sich nur in Schlüssel- und Krisensituationen in einer einzigen zielgerichteten Kraft. Gewöhnlich artikuliert es sich in einer zersplitterten Vielfalt widersprüchlicher Meinungen, an deren Herausbildung die Massenmedien, Publizisten, Wissenschaftler (vornehmlich Ökonomen), einzelne politische Aktivisten und - an letzter Stelle - die politischen Organisationen und Parteien beteiligt sind.

Dieses überparteiliche Engagement ist das einzige Bindeglied zwischen gesellschaftlichen und staatlichen Politiksektoren. Diese Verbindung wird auch in dem Umstand deutlich, daß die staatlichen Funktionäre - freiwillig oder gezwungenermaßen - ihre demokratische Überzeugung zur Schau stellen. Allerdings ist sie zu abstrakt, und die demokratisch engagierte Öffentlichkeit ist zu zersplittert, um die Voraussetzungen dafür zu schaffen, daß gesellschaftliche Gruppen die Tätigkeit des Staates tatsächlich kontrollieren. Diejenigen Organisationen, die vorgeben eine solche Kontrolle zu beabsichtigen (insbesondere die Parteien), sind dagegen realiter gar nicht in das System der Wechselbeziehung Gesellschaft-Staat eingebunden.

An dieser Stelle ist die Frage berechtigt: Wozu überhaupt sind Parteien notwendig? Was bewegt die Aktivisten unterschiedlicher Couleur dazu, immer neue Parteien zu gründen? Um darauf zu antworten, muß eine Präzisierung vorgenommen werden.

Die Behauptung, daß die Parteien in Rußland nicht institutionalisiert sind, ist im Hinblick auf die Gesellschaft insgesamt gerechtfertigt, trifft aber nicht voll zu für die am stärksten politisierten Gruppen der Gesellschaft. In diesem Milieu, das sich die aktive Aneignung westlicher Muster und Modelle zum Ziel gesetzt hat, trägt der Begriff Partei eine deutliche Prägung. Die Tatsache, daß sich die eine oder andere Partei mit diesem Begriff identifiziert - dazu gehören auch solch symbolische Prozeduren wie die Annahme von Programmen und Statuten - führt zu einer spürbaren Stuserhöhung. Daraus kann eine größere Aufmerksamkeit der Medien - und damit größerer Bevölkerungskreise resultieren. Mag die Aufmerksamkeit auch nicht durch reale Interessen bestimmt sein, sondern eher durch die Anziehungskraft des Schauspiels - sie bringt doch Erfolg. Diejenige Gruppe, die auf der politischen Bühne die Rolle einer Partei spielt, vergrößert ihre Chancen auf juristische Registrierung, auf Vergrößerung der Zahl ihrer Anhänger und auf materielle Hilfe. Ein Demagoge nationalistisch-populistischen Zuschnitts wie W. Shirinowskij hätte niemals einen landesweiten Bekanntheitsgrad erlangt, wenn die Registrierung seiner winzigen Anhängerschaft als Partei ihm nicht erlaubt hätte, als Präsidentschaftsanwärter zu kandidieren und dadurch automatischen Zugang zu den Medien zu erhalten. Für ihn, aber auch für Politiker von größerer Bedeu-

tung (wie z.B. A. Ruzkoj, der die *Volkspartei 'Freies Rußland'* gründete) ist die 'eigene' Partei nur Zugabe zur persönlichen Popularität und Hilfsmittel beim individuellen Umgang mit den Massen. Der Amtsstatus des Vize-Präsidenten gibt Ruzkoj gegenwärtig mehr politisches Gewicht als seine führende Position in der Partei, aber er hält sie in der Reserve für den Fall des Amtsverlustes. Einige der gegenwärtigen Parteiführer gründen ihre Parteien als Mittel, um die Macht zu erkämpfen und zu festigen (in erster Linie Trawkins *Demokratische Partei Rußlands*). Angesichts der obengenannten Gründe mag es sich jedoch als kurzfristig herausstellen, ausschließlich auf eine Partei als Mittel zur Erringung der Macht zu setzen.

Die Funktionen, die die Parteien im gegenwärtigen politischen Prozess erfüllen, lassen sich wie folgt zusammenfassen: 1. eine symbolische; 2. eine prestigebezogene und 3. instrumentelle Hilfsfunktionen. Dagegen besitzen die Parteien noch keine Funktion als vollwertige politische Institutionen zur politischen Mobilisierung der Massen. Streng soziologisch betrachtet kann man sie daher noch nicht als Parteien klassifizieren, sondern sie wären genauer als Protoparteien zu bezeichnen.

2. Das Parteienspektrum

Angesichts des oben dargelegten Umstands, daß es zwischen den Positionen der Parteien und den Stimmungslagen gesellschaftlicher Gruppen keine Übereinstimmung gibt, wird das politische Spektrum im gegenwärtigen Rußland in zweierlei Formen faßbar. Die erste, gesellschaftliche, spiegelt die realen Divergenzen wider, die innerhalb der gesellschaftlichen Stimmungslagen bestehen. In dieser Perspektive gliedert sich das gesellschaftliche Bewußtsein in allgemeine Identifikationen auf, d.h. in Engagements. In erster Linie muß hier vom **demokratischen** Engagement gesprochen werden, das am aktivsten und einflußreichsten ist. Basierend auf einigen Postulaten des ökonomischen und politischen Liberalismus und überwiegend getragen von der Intelligenz, war dieses Engagement bis zum August-Putsch jedoch weitgehend amorph. Die - bislang allerdings weitaus schwächer artikulierte - Gegenposition kann man bedingt als **Konservatismus** bezeichnen. Für ihn ist das Ignorieren demokratischer Reformen und Persönlichkeiten charakteristisch und eine Orientierung auf kollektive Werte mit klassenkämpferischer und sozialchauvinistischer Einfärbung. Seine Träger sind wenig und halbgebildete Bevölkerungsschichten, in erster Linie ältere Menschen und ungelernete Arbeiter. Bislang gibt es keine unangefochtenen Führergestalten, doch nutzen einige Persönlichkeiten ihre nicht unbeträchtliche Popularität in diesem Milieu aus (A. Newzorow, W. Shirinowskij). Die Auflösung der UdSSR schwächte einen der wichtigsten Integrationsfaktoren des demokratischen Flügels. Dagegen beschleunigte diese Entwicklung die Integration im konservativem Lager, so daß sich die Möglichkeiten beider Lager, Einfluß zu nehmen, allmählich ausgleichen. Die zweite Form, in der das politische Spektrum faßbar wird, ist komplizierter. In dem folgendem Überblick versuche ich sie in ein sehr schematisches Bild zu pressen: Am 17. März 1991, zum Zeitpunkt des Referendums, das den Erhalt der Union zum Inhalt hatte, war die Wasserscheide zwischen den konträren politischen Lagern außergewöhnlich klar. Das demokratische Lager, das sich um die Bewegung *Demokratisches Rußland* scharte, rief die Bevölkerung zu einem eindeutigen NEIN auf. Die konservativen Organisationen plädierten für ein nicht weniger eindeutiges JA. Aber schon einen Monat nach dem Referendum, in dem

die Mehrheit der russischen Bevölkerung sich für die Union aussprach, zerbrach die Einheit der demokratischen Kräfte. Ein aus drei demokratischen Parteien gebildeter Block *Volkskonsens* beschuldigte das DR der "Zerstörung der Staatlichkeit", das hieß: der UdSSR. Bis zu diesem Moment war das Parteienspektrum in gewisser Weise eindimensional. Ausschlaggebend für die Abgrenzung gegeneinander war die jeweilige Ideologie (demokratisch, sozialistisch, national-patriotisch usw.). Nach dem Referendum gewann jedoch die 'territoriale' Dimension immer größere Aktualität. Der stürmische Zerfall der UdSSR und die sich zunehmende Möglichkeit, daß auch die Russische Föderation nach dem versuchten Staatsstreich im August 1991 zerfallen würde, drängten national-territoriale Probleme in den Vordergrund. Eine Untersuchung des parteipolitischen Spektrums in Rußland muß daher über die traditionelle Einteilung in 'rechts' und 'links' hinausgehen und verlangt ein zweidimensionales Beschreibungsmodell. Die eine Koordinate würde der ideologischen Positionsbestimmung (z.B. der Einstellung zum Markt) dienen, die andere gäbe Einstellungen zu den Grenzproblemen und der national-territorialen Aufteilung Rußlands wieder. Auch ein derartiges zweidimensionales Modell könnte allerdings nicht die ganze chaotische Vielzahl der Parteipositionen erfassen. Als Reiseführer durch das gegenwärtige russische Parteienspektrum mag das folgende, ganz konventionelle Schema dienen: Auf der horizontalen Koordinate werden die drei am weitesten verbreiteten und ideologisch begründeten Einstellungen zu den Marktbeziehungen dargestellt: die **liberale**, die einen vollständig freien Markt fordert, die **gemäßigt-sozialistische**, die wesentliche Einschränkungen des Marktes vorsieht, und die **totalitäre**, die den Markt zugunsten zentralistischer Planung ablehnt. Auf der vertikalen Koordinate werden drei Haltungen in der Frage der territorialen Grenzen und des nationalstaatlichen Status Rußlands notiert. Die erste berücksichtigt die Selbstbestimmung der Völker, die auf dem Territorium Rußlands leben, am stärksten. Konsequenter antiimperialistisch formuliert sie keinerlei territoriale und politische Ansprüche gegenüber den Republiken, die sich als Folge des Zerfalls der UdSSR abgespalten haben. Die zweite Haltung spricht sich für ein "einheitliches und unteilbares Rußland" aus und wendet sich entschieden gegen den "Zerfall" oder die "Aufsplitterung" Rußlands in selbständige staatliche Gebilde, setzt sich aber nicht für die (vollständige oder teilweise) Wiederherstellung der UdSSR ein. Die Anhänger der dritten Variante treten für die Wiederherstellung der UdSSR in vollem oder nahezu vollem Umfang ein.

<p style="text-align: center;">Wirtschafts- Staatliches System</p>	<p style="text-align: center;">Freie Marktwirtschaft</p>	<p style="text-align: center;">Regulierte Marktwirtschaft</p>	<p style="text-align: center;">Zentralisierte Planwirtschaft</p>
<p>Rußland als Föderation</p>	<p>Demokratisches Rußland Sozialdemokratische Partei der Föderation Rußlands Republikanische Partei der Föderation Rußlands Volkspartei Rußlands Freie Demokratische Partei Rußlands</p>	<p>Sozialistische Partei der Werktätigen Partei der Arbeit Anarchisten</p>	
<p>Rußland als einheitlicher Zentralstaat</p>	<p>Volkspartei Freies Rußland</p>		
<p>Rußland in den Grenzen der UdSSR</p>	<p>Volkskonsens: Demokratische Partei Rußlands Christlich-Demokratische Bewegung Rußlands Konstitutionell-Demokratische Partei Volksfreiheit</p>	<p>Union des Gesamten Volkes Rußlands Liberal-Demokratische Partei Die Unsrigen; Nationalpatriotische Front 'Pamjat'; Republikanische Volkspartei Rußlands; Partei der Wiedergeburt Rußlands</p>	<p>Kommunistische Partei Rußlands Kommunistische Arbeiterpartei Rußlands Kommunistische Allunions-Partei der Bolschewiken</p>

Im Parteienspektrum des gegenwärtigen Rußland lassen sich fünf allgemeine Richtungen unterscheiden (die ersten drei bilden den demokratischen Flügel, die beiden letzten den konservativen):

1. die demokratische,
2. die konservativ-demokratische,
3. die sozialistische,
4. die kommunistische,
5. die national-populistische.

2.1. Die demokratische Richtung

Die demokratische Richtung ist bis heute die stärkste, obwohl ihr Einfluß und ihre innere Einheit schwächer werden. Bis zu den Präsidentschaftswahlen (Juni 1991) waren praktisch alle demokratischen Parteien in der Bewegung *Demokratisches Rußland* vereinigt oder haben sie unterstützt. Seit sie in der Vorwahlperiode Anfang Juni 1990 als Wählerblock entstanden war, bezog sie ihre Stärke aus der Einbindung sehr populärer Politiker. Sie regten angesichts der Auseinandersetzung mit dem kommunistischen Apparat diese Art von Vereinigung an. Die geballte Autorität dieser Führer war die entscheidende politische Trumpfkarte, mit deren Hilfe das DR seine Erfolge errang. Gegenwärtig hat jedoch die Zahl der dem DR assoziierten Politiker aufgrund der fortgesetzten Abgrenzungen und des Aufkommens neuer Parteien stark abgenommen.

Dank einer erfolgreich durchgeführten Vorwahl-Kampagne plazierte das DR seine Kandidaten auf unterschiedlichen Ebenen (von der Bezirks- bis zur Republikebene). Doch die Führung des DR ist nicht in der Lage irgendeinen Einfluß auf 'ihre' Deputierten auszuüben. Obwohl starke Fraktionen des DR im Obersten Sowjet, im Mossowjet usw. existieren, kann man nicht von einer koordinierten Parlamentspolitik sprechen.

Das DR wurde als Koalition bürgerlicher Kräfte, Organisationen, Parteien und Bewegungen gegründet; es wäre aber verfehlt, sie mit einer Koalition oder einem Block westlichen Typs gleichzusetzen. Für viele in der Leitung des DR ist ihre Identifikation mit dem DR viel wichtiger als die Zugehörigkeit zur eigenen, mitunter nominalen Organisation. Eine Reihe von Organisationen (zum Beispiel die Moskauer Wählervereinigung) gingen vollständig im DR auf. Die Funktion des DR besteht heute unter anderem darin, eine Koalition aus einer Reihe demokratischer Parteien zu bilden. Das DR ist konstant positiv gegenüber dem Markt eingestellt und indifferent hinsichtlich der Zerfallsprozesse in der UdSSR oder in der Russischen Föderation. Natürlich gibt es keine Organisation, die offen zur Aufsplitterung 'Rußlands' aufrufen würde. Hier kann es nur um den Grad an Toleranz im Blick auf die Selbstbestimmung seiner Völker und Regionen gehen. Für hohe Toleranz steht die programmatische Forderung nach einer föderativen Ordnung Rußlands.

Zu den bekanntesten Parteien im heutigen DR zählt die *Sozialdemokratische Partei der Föderation Rußlands* (SDPR). Im Mai 1990 gebildet hat sie in ihren Reihen ungefähr 100 Abgeordnete unterschiedlichen Niveaus, darunter auch so bekannte Politiker wie O. Rumjanzew und A. Obolenskij. Einige Parteimitglieder nehmen hohe Funktionen in der

Exekutive ein (z.B. als stellvertretende Minister). Am sichtbarsten ist die Aktivität der SDPR jedoch in der Gesetzgebung (O. Rumjanzew ist Sekretär der Kommission zur Ausarbeitung einer neuen Verfassung). Die Neigung der SDPR-Aktivisten zu theoretischen Arbeiten führte dazu, daß die SDPR gegenwärtig das umfangreichste Parteiprogramm besitzt. Seine zentralen Punkte: Kritik des Kommunismus, Menschenrechte, parlamentarische Demokratie. Marktökonomie mit den notwendigen sozialen Garantien usw. sind heute mit marginalen Abwandlungen in jedem demokratischen Programm enthalten. Sie verwandelten sich in beliebige ideologische Symbole. Dennoch gibt es Akzentuierungen, die für die Überzeugung bestimmter Parteien charakteristisch sind. So bevorzugte die SDPR die parlamentarische Form der Demokratie vor einer Präsidentialverfassung.

Die *Republikanische Partei der Föderation Rußland* (RPR) stammt aus der reformerischen Bewegung innerhalb der KPdSU. Dieser klangvolle Parteinamen war programmatisch: In der Periode des Kampfes der demokratischen Kräfte Rußlands gegen das Unionszentrum gewann die Idee der Souveränität der Russischen Republik unerwartete Aktualität. Die Führer der RPR (B. Lysenko, S. Sulakschin, W. Schostakowskij) traten mehr als selbständige Funktionäre, denn als Vertreter der eigenen Partei auf. Auf dem Höhepunkt des Massenaustritts aus der KPdSU in der zweiten Hälfte 1990 vervielfaltigte die RPR ihre Mitgliederzahl, doch schrumpfte sie auch schnell wieder - teils aus Untätigkeit, teils infolge der geringen Originalität ihrer politischen Träger. Da sie ihre Beziehungen zum DR nicht abreißen läßt, erlebt die RPR eine starke Hinwendung zur Bewegung *Demokratische Reformen*.

Die im Mai 1991 ins Leben gerufene *Volkspartei Rußlands* (VPR), wurde von ihren Gründern (populären Kämpfern gegen die Staatsparteamafia wie T. Gdljan, N. Ivanow, sowie radikalen Politikern wie I. Tschubajs und O. Borodin) als Waffe im Kampf gegen den kommunistischen Aparat betrachtet. Als eine der radikalsten Parteien des demokratischen Spektrums verleiht sie den außerparlamentarischen Bewegungen entscheidende Bedeutung. Der verschärfte Radikalismus der VPR war in der ersten Zeit nach ihrer Gründung eine Quelle ständiger Konflikte mit den Bundesgenossen innerhalb des DR. Mit dem Scheitern der KPdSU und dem Zerschlagen der Unionsstrukturen war jedoch der Hauptanlaß für radikale Stimmungen verschwunden. Dies reduzierte einerseits das Konfliktpotential, das die VPR darstellte, stellte darüber hinaus aber in gewisser Weise auch den Sinn ihrer Existenz in Frage. Gegenwärtig konzentriert sich die Kritik der VPR (wie die der SDPR und vieler anderer Mitglieder des DR) auf die Bewegung *Demokratische Reformen*, die man für die 'Waschanlage' der Nomenklatura hält. Zugleich unterstützt die VPR, ungleich aktiver als andere Parteien, die Politik Jelzins.

Die Mehrheit der gegenwärtigen russischen Parteien und Bewegungen artikulieren die Interessen sozialer Gruppen nicht deutlich. Das liegt nicht so sehr an den Parteien selbst, als an den Besonderheiten der sowjetischen Gesellschaft, insbesondere dem in ihr vorherrschenden affektiv-ideologischen Persönlichkeitstypus und den schwach strukturierten ökonomischen Interessen. Um so bemerkenswerter sind die Versuche einiger Politiker, Parteien zu basteln, die die Interessen konkreter Gruppen wahrnehmen. Unter ihnen ist vor allem die *Partei der freien Arbeit* erwähnenswert (sie entstand im Dezember 1990, der Vorsitzende ist I. Korowikow), die sich als "Partei der Besitzer der Produktionsmittel und der Besitzer der Arbeitskraft"*** verstand. Da sie begreifen, daß die informellen und halblegalen Kontakte mit den Machtorganen viel nutzbringender

und effektiver sind, schließen sich die russischen Unternehmer gegenwärtig jedoch kaum Parteien an, um ihre Interessen wahrzunehmen. Ebenso wenig war der Versuch von Erfolg gekrönt, mit Ju. Tschernitschenko an der Spitze die *Bauernpartei Rußlands* zu gründen. Beide Parteien existieren heute im Rahmen der DR weiter.

Neben dem DR ist die *Bewegung für demokratische Reformen* (BDR) der zweite große Zusammenschluß innerhalb des demokratischen Spektrums. Die Gründung der BDR (Sommer 1991) war das Ergebnis einer Interessenkoalition zweier Kategorien von Politikern. Die erste Kategorie bildeten die Führer des sogenannten liberalen Flügels der KPdSU (E. Schewardnadse, A. Jakowlew, A. Wolskij u. a.), die ihre Parteiposten verließen oder aus ihnen entfernt wurden, als der Einfluß der Konservativen zu stark wurde. Da sie ihre politische Tätigkeit fortsetzen wollten, die demokratischen Organisationen, die sich zu dieser Zeit bildeten (darunter auch das DR), ihrem Anspruch auf angemessen hohen gesellschaftlichen und politischen Status aber nicht entgegenkamen, schufen sie eine Bewegung, die nun definitiv sämtliche Demokraten vereinigen sollte, und an deren Spitze selbstverständlich sie selbst stehen würden. Dieser Aufruf stieß auf die lebhafteste Reaktion einer anderen Gruppe von Politikern, die bedingt als neues demokratisches Establishment zu bezeichnen sind. Zu ihnen zählen in erster Linie Demokraten, die eine hohe Funktion in der neuen Hierarchie einnehmen: die Bürgermeister von Moskau und St. Petersburg G. Popow und A. Sobtschak, der russische Vize-Präsident A. Ruzkoj u.a.. Diese Gruppe war daran interessiert, ihre eigene Macht politisch abzusichern und bediente sich dafür der 'alten Kader', die in vielen Gebieten unverändert auf allen Ebenen die Leitungsorgane stellen. Ehemalige Politbüro-Mitglieder, die an der Spitze der BDR standen, zogen die Aufmerksamkeit einer beachtlichen Zahl von Kommunisten auf sich, die ihren Amtsstatus mit Hilfe einer neuen 'Machtpartei' erhalten wollten.

Obwohl die Unterstützung der BDR in den örtlichen Machtorganen ziemlich stark war, konnte sie ihre Vorstellungen kaum umsetzen. Die politische Linie der BDR ist diffus, die programmatischen Aussagen ihrer Führer schließen sich wechselseitig aus. Das Prestige der Bewegung litt auch unter dem raschen Positionswechsel Popows. BDR wie DR können dem bitteren Paradoxon nicht entkommen, daß ihr politisches Überleben einerseits mit der Opposition gegen die unpopuläre Wirtschaftspolitik Jelzins verknüpft ist, sie andererseits aber keine kohärente und plausible Alternative anzubieten haben.

Ähnlich wie das DR war die BDR als breites Bündnis der demokratischen Kräfte konzipiert und besitzt daher - wenn auch in viel geringeren Maße - einen Koalitionscharakter. Die Zugehörigkeit zur *Volkspartei 'Freies Rußland'* (VPFR) ist lediglich ein formaler und politisch unbedeutender Tatbestand. Der Führer der VPFR, A. Ruzkoj, hat eine eindrucksvolle Entwicklung hinter sich. Aus einem nationalgesinnten Patrioten während des Wahlkampfes wurde im Verlauf der Arbeit in der Kommission des Obersten Sowjets Rußlands ein konsequenter Demokrat. Es war die einzigartige Kombination einer aktiven demokratischen Position mit dem Titel eines Generals der Luftwaffe, die ihn für Jelzin interessant machte: Ruzkoj wurde Vize-Präsident. Zu dieser Zeit versuchte er wiederholt, die demokratisch denkenden Kommunisten von der KPdSU abzuspalten; als Konsequenz wurde er aus der KPdSU ausgeschlossen. So entstand die *Demokratische Partei der Kommunisten Rußlands*, die im Oktober 1991 in die VPFR umgewandelt wurde. Diese Partei ist vollständig von ihrem Führer abhängig und geht sukzessive in

Opposition zur Politik Jelzins. A. Ruzkoj ist Anhänger eines "einheitlichen und unteilbaren" Rußlands, bestreitet allerdings nicht, daß die UdSSR zerfallen ist. Er kritisiert die Wirtschaftspolitik der Truppe um Gaidar konsequenter und logischer als andere Parteiführer. Damit kann er sein eigenes Prestige sichern und die Verantwortung für die negativen Folgen der Reform von sich abschieben. Unverkennbar macht ihn seine Befürwortung eines 'einigen und unteilbaren' Rußlands nicht nur für konservative Demokraten, sondern auch für Teile der Konservativen attraktiv. Sowohl im Bereich der offiziellen Politik, als auch in den Machtkämpfen hinter den Kulissen nähert Ruzkoj sich immer mehr der Position des Vorsitzenden des Obersten Sowjets, R. Chasbulatow.

2.2 Die konservativ-demokratische Richtung

Wie erwähnt spaltete sich seit dem Märzreferendum eine konservativ-demokratische Richtung von dem demokratischen Teil des Parteienspektrums ab. Der im April 1991 gebildete Block *Volksskonsens* setzte sich für eine Bewahrung der staatlichen Einheit der UdSSR auf der Grundlage des neuen Unionsvertrags ein. Da die Union als Folge des gescheiterten Putsches aber endgültig zerfiel, modifizierte der Block seine Position. Er konnte nun nicht mehr offen für die Bewahrung der Union in ihrer früheren Gestalt eintreten. Doch nach einer scharfen Kritik an den 'national-kommunistischen' Regimen der sich abspaltenden Republiken schenkt er heute den nationalen Minderheiten, insbesondere der russischen, immer größere Aufmerksamkeit. Die Führer des Blocks (N. Trawkin, W. Aksjutschiz) betonen nachdrücklich die "Künstlichkeit" der gegenwärtigen Grenzen zwischen den Republiken und fordern ein Referendum über die "strittigen Territorien". Dahinter verbirgt sich das Ziel, wenn schon die frühere Union nicht zu retten sei, wenigstens ein Maximum ihres Territoriums für Rußland zu sichern. Innenpolitisch vertritt der Block die programmatische Position, das national-territoriale Gliederungsprinzip in Rußland durch ein rein administratives zu ersetzen; de facto bedeutet dies eine Annullierung der nationalen Autonomien und die Einführung eines Gouvernment-Verwaltungsprinzips.

Zu dem Block gehören die folgenden Gruppierungen:

- Die *Demokratische Partei Rußlands* (DPR), eine der bekanntesten und mitgliederstärksten Parteien (gegenwärtig etwa 50.000 Mitglieder), die im Mai 1990 gegründet worden ist. Unter dem Druck der Parteimitglieder schloß sie sich - gegen den Willen ihres Führers N. Trawkin - dem Block an. Da Trawkin die unumschränkte Führung in der Partei anstrebte (dies führte zu einer Reihe von Parteispaltungen), war er nicht bereit, auch nur minimale Kompetenzen an die DR-Leitung abzugeben. Leitmotivisch wiederholten sich in seinen Reden Ausfälle gegen die schlaffen Bewegungen und Plädoyers für straff organisierte Parteien. Der eigenen Partei gegenüber setzte er sich endgültig im November 1991 durch, als die DPR zusammen mit anderen Parteien des *Volksskonsenses* das DR verließ. In dem Bemühen, innerhalb des politischen Spektrums eine markante Position einzunehmen, paßten sich die Parteitheoretiker eine - im westlichen Sinne des Begriffs - konservative Maske an. Dieser Konservatismus ist jedoch so inhaltsarm, daß er sich nur in einem einzigen Aspekt konkretisieren läßt: in dem Wunsch, die ehemalige Union in größtmöglichem Umfang zu bewahren. Die DPR war wohl die einzige unter den demokratischen Parteien, die sich gegen die Bildung der

GUS wandte - eine Position, die den bekannten Wirtschaftswissenschaftler Schatalin dazu veranlaßte, aus ihr auszutreten.

- Die *Christlich-Demokratische Bewegung Rußlands* (CDBR) wurde im April 1990 von W. Aksjutschiz und G. Anischtschenko gegründet. Bis zum Putsch verstand sie sich als rechtgläubig im Sinne der orthodoxen Kirche und als antikommunistisch. Die aufmerksame Lektüre des ersten Programms der CDBR läßt versteckte monarchistische Töne erkennen. Gegenwärtig dominiert Pragmatismus und der latente Hang zur Monarchie wurde abgelöst durch die Befürwortung einer starken Präsidialherrschaft. Interessant ist die Entwicklung der Partei in der nationalen Frage. Während es im Programm vom April 1990 hieß, daß für Rußland eine Vielfalt der nationalstaatlichen Formen organisch wäre: autonomer, föderativer, konföderativer und anderer, sprach sich der durch die Bemühungen der CDBR gegründete rechtszentristische Block *Volkskonsens* im April 1991 für die "Einheit und territoriale Unversehrtheit der Russischen Föderation" aus. Nach dem Zerfall der UdSSR ist die Partei um die "Sammlung der russischen Erde" bemüht. In Süd-Ossetien war sie an der Entscheidung über die Angliederung an Rußland beteiligt. In letzter Zeit richtet sie ihre Aufmerksamkeit verstärkt auf den nichtdemokratischen, konservativen Teil des politischen Spektrums und sucht dort nach künftigen Bündnispartnern.

- Die *Konstitutionell-Demokratische Partei - Partei der Volksfreiheit* (KDP-PVF) mit Michail Astafjew an der Spitze, die an die alte Kadetten-Partei anknüpfen will. Sie hat außerhalb der *Volksallianz* keinerlei politische Bedeutung.

2.3. Die sozialistische Richtung

Die sozialistische Richtung nimmt im russischen Parteienspektrum eine marginalisierte Zwischenposition ein. Einerseits wenden sich die Sozialisten gegen die liberale Demokratie und gegen die demokratischen Führer als Apologeten des Kapitalismus. Andererseits ist ihr Festhalten an Werten wie Freiheit der Persönlichkeit, Gewaltlosigkeit, Menschenrechte, aber auch ihr antitotalitäres Pathos ehrlicher als die analogen propagandistischen Beteuerungen der Kommunisten. Unter den Sozialisten gibt es praktisch keine Anhänger der vollständigen Zentralisierung in der Ökonomie. Besonders bemerkenswert ist jedoch ihre Einstellung zur Union und zu Rußland: Die Indifferenz, mit der sie dem Problem des staatlichen Zusammenhalts gegenüberstehen, erlaubt ihnen weder eine Annäherung an die Kommunisten noch an die konservative Richtung. Wie die Tatsache, daß ein bedeutender Teil der Sozialisten während des Putsches Jelzin und die Demokraten unterstützte, bezeugt, stehen sie eher der demokratischen Richtung als dem Kommunismus nahe. Dennoch läßt sich die Zuverlässigkeit ihres demokratischen Engagements bestreiten. Zu dieser Richtung zählen:

- Die *Sozialistische Partei der Werktätigen* (SPW), die von ihren Gründern ursprünglich als Nachfolgerin der KPdSU geplant war. Heute wird sie allenfalls als einer der zahlreichen Splitter der KPdSU wahrgenommen. Ihre Gründungsmitglieder vertreten einen "erneuerten Sozialismus", der in früheren Perestrojka-Etappen u.a. von seiten M. Gorbatschows große offizielle Unterstützung genoß. Die Führer der SPW rekrutierten sich aus jener kleinen Gruppe von KPdSU-Funktionären, die Gorbatschow vor Angriffen sowohl der Konservativen als auch der Demokraten in Schutz nahmen. Dazu gehörten

der ehemalige Dissident und Kommunist R. Medwedjew, der ehemalige Vorsitzende der Ethik-Kommission des Obersten Sowjets der UdSSR A. Denissow, der Kosmonaut W. Sewastjanow und andere hochgestellte Persönlichkeiten der Perestrojka-Periode. Das Programm der SPW ähnelt einem sozialdemokratischen, setzt aber andere politische Prioritäten, und die Mehrheit der Mitglieder der SPW unterscheidet sich auch in der Mentalität von den Sozialdemokraten. Von den Kommunisten grenzt sie ihr dezidiert Anti-Stalinismus deutlich ab. Ein potentielles Reservoir der SPW stellen nicht die Funktionäre der ehemaligen KPdSU dar, sondern deren Parteibasis.

- Die *Partei der Arbeit* (PdA) hat eine völlig andere Rekrutierungsbasis als die SPW. Ihre Gründer - z.B. der Vorsitzende der nur nominell bestehenden *Sozialistischen Partei* und Abgeordnete des Mossowjet B. Kagarlitzkij, das führende Mitglied anarchistischer Organisationen (*Obschtschina, Konföderation der Anarcho-Syndikalisten*) A. Isajew oder die Begründer der nicht mehr existierenden *Marxistischen Plattform* der KPdSU A. Busgalin und A. Kolganow - stammen aus der sogenannten informellen Bewegung. Im Unterschied zu manchen Mitgliedern der SPW haben die ehemals 'inoffiziellen' Aktivisten nie hohe Positionen innerhalb der offiziellen Strukturen eingenommen. Die PdA sucht ihre soziale Basis nicht unter den ehemaligen Mitgliedern der KPdSU, sondern in einer sich allmählich entwickelnden berufsständischen Bewegung. Gegenwärtig arbeitet die Partei eng mit der Föderation der unabhängigen Gewerkschaften zusammen, die faktisch aus den ehemaligen offiziellen Gewerkschaften hervorgegangen sind. In wirtschaftspolitischen Fragen unterstützen die Mitglieder der PdA verschiedene Varianten eines Gleichgewichts zwischen Plan- und Marktwirtschaft.

2.4. Die kommunistische Richtung

Die kommunistische Richtung des russischen Parteienspektrums ist dem konservativen Teil des Massenbewußtseins zuzurechnen. Ihre Basis bilden sowohl orthodoxe Kommunisten, die die Reformen aus ideologischen Gründen ablehnen, als auch eine kleine Anzahl von Personen, die nach dem Zerfall des kommunistischen Regimes ihren Platz in der Gesellschaft eingebüßt haben (ehemalige Partei- und Gewerkschaftsaktivisten, Mitarbeiter des Partei- und Staatsapparates). Diese Richtung kann künftig eine massive Unterstützung durch ältere Menschen und Arbeiter von Staatsbetrieben finden. Die politische Orientierung der Kommunisten wird heute bestimmt durch den Haß auf die Demokraten und hier persönlich auf Jelzin und Gorbatschow, die nicht ohne Grund für den Zerfall der KPdSU und der UdSSR verantwortlich gemacht werden. Charakteristisch ist ferner eine Annäherung an nationalpopulistische Strömungen. Die Kommunisten unterscheiden sich jedoch von den Nationalpopulisten durch die Berufung auf Lenin und Stalin, die übermäßige Verwendung kommunistischer Symbolik und deren Verteidigung (als Beispiel sei der Schutz des Lenin-Mausoleums vor Anschlägen genannt), ferner durch noch heftigere Angriffe auf die neue 'Bourgeoisie', die ausnahmslos mit der Mafia gleichgesetzt wird.

- Die *Kommunistische Arbeiterpartei Rußlands* (KAPR) ist die auffälligste Erscheinung in diesem Teil des Parteienspektrums. Ihre Gründer sind in der Mehrzahl ehemalige Ideologie-Lehrer oder Verfasser propagandistischer Literatur. Zu ihrer Zeit waren sie an der Schaffung der *Vereinigten Front der Werktätigen* beteiligt, an der *Kommunistischen*

Initiative oder an der *Russischen Kommunistischen Partei* innerhalb der KPdSU. "Wie das Oktobermanifest (1991) zeigt, wendet sich die KAPR gegen das Privateigentum [...] Sie hält einen Ausweg aus der Krise nur durch die Rückkehr zur zentralistischen Planwirtschaft für möglich. Die gegenwärtige Situation betrachtet sie als konterrevolutionären Umsturz, der unser Land vollkommen von vaterländischem und westlichem Kapital abhängig werden läßt [...] Hier nähert sich die KAPR den patriotischen Bewegungen des Landes an [...] In der Politik tritt sie für die Wiederherstellung der Sowjets als repräsentative Organe der Werktätigen ein."¹⁾ Obwohl der erste Kongreß der Partei in Jekaterinburg stattfand, ist sie in St. Petersburg und Moskau am aktivsten, wo sie den Versuch unternimmt, eine als 'Arbeiter-Moskau' verstandene Massenbewegung zu initiieren.

- Die *Partei der Kommunisten Rußlands* (PKR) unterscheidet sich von der KAPR durch gemäßigttere Positionen in einer Reihe von Fragen. Insbesondere toleriert sie einen begrenzten Privatsektor. Zudem läßt die PKR die Schaffung von Fraktionen und Plattformen innerhalb der Partei zu. Dennoch hält sie entsprechend dem kommunistischen Paradigma an der Priorität des gesellschaftlichen Eigentums und am Plan fest. Im Unterschied zu den Sozialisten benutzt die PKR die kommunistische Symbolik, beruft sich auf die Autorität Lenins (kritisiert allerdings den Stalinismus) und nimmt mit roten Fahnen an allen kommunistischen Veranstaltungen teil. Die PKR stammt aus der gemäßigten Fraktion der *Marxistischen Plattform* in der KPdSU, deren Führer A. Krjutschkow war.

- Als *Kommunistische Allunions-Partei der Bolschewiken* (KAPB) bezeichnet sich die seit 1989 existierende Alluniongesellschaft '*Einheit - für Leninismus und kommunistische Ideale*', an deren Spitze die bekannte Stalinistin N. Andrejewa steht. Ihre Positionen sind härter, radikaler und aggressiver als diejenigen der KAPR. Während die KAPB es vorzieht, ihr Verhältnis zu Stalin im Unklaren zu lassen, propagiert die KAPR offen den Stalinkult. Angesichts ihrer starken antisemitischen und Großmacht Tendenzen muß die KAPB zum nationalbolschewistischen Flügel des gegenwärtigen russischen Kommunismus gezählt werden. Viele ihrer Mitglieder nehmen an den Aktivitäten der nationalpatriotischen Organisationen teil.

2.5. Die nationalpopulistische Richtung

Unter der nationalpopulistischen Richtung sollen verhältnismäßig unterschiedliche Bewegungen und Parteien subsumiert werden, die aber alle eine autoritär-imperiale Spielart russischen Nationalbewußtseins vertreten. Auf niedrigstem Niveau gibt es seit kurzem eine nationalpatriotische Bewegung, die ungefähr zehn Gruppierungen umfaßt, die alle aus der *National-Patriotischen Front 'Pamjat'* herkommen; an ihrer Spitze steht D. Wassiljew. Auf höherem Niveau stehen die Vertreter der Intelligenz, die sich 1987 um die Zeitschriften "Unser Zeitgenosse" bzw. "Moskau" und um Organisationen wie den später gegründeten *Verband der Schriftsteller der RSFSR* gruppierten. Letzterer rief Vereinigungen ins Leben wie *Vaterland* mit dem Historiker A. Kusmin an der Spitze, den *Verband der geistigen Wiedergeburt des Vaterlandes* des Ökonomen M. Antonow oder *Einigkeit*, dessen Präsident der Schriftsteller Ju. Bondarjew ist.

1) W. Slawin: Was gibt es dort am linken Flügel?, in: Prawda, 6.1.1991.

Verglichen mit den allgemein konservativen Strömungen wird die nationalpatriotische Bewegung durch Antisemitismus, die Mythologisierung des politischen Denkens und einen Traditionalismus charakterisiert, der seinen Ausdruck findet in der Rückbesinnung auf die Vergangenheit und der Kultivierung russischer nationaler und orthodoxer Rituale. Diese Bewegung ist damit letztlich zu archaisch und immobil, um in der gegenwärtigen Gesellschaft Erfolg haben zu können. Bis zum heutigen Tag ist es dem Nationalpatriotismus nicht gelungen, auch nur eine minimale Massenbasis zu finden.

Seit Januar 1991 ist eine zweite Welle des Nationalpopulismus erkennbar, d.h. seit jenem Moment, als der Fernsehjournalist A. Newsorow in emotionaler Form vor einem Massenpublikum Unterabteilungen von KGB und OMON (Sondereinheiten des Innenministeriums) verteidigte, die den Überfall auf die Fernsehstation in Wilna durchgeführt hatten, bei dem 14 Zivilisten getötet worden waren. Das gegen den Separatismus der Republiken gerichtete Pathos Newsorows unterschied sich in Stil und Motiven deutlich von der offiziellen Propaganda zugunsten eines Erhalts der Union und wurde daher von weiten Bevölkerungskreisen dankbar aufgenommen. Im Folgenden heizte der Vorsitzende der *Liberal-Demokratischen Partei* diesen Trend an, indem er während der Präsidentschaftswahlen (und damit vor den Augen ganz Rußlands) eine unverhüllt populistische Demagogie mit der modernisierten Variante eines imperialen Nationalismus verknüpfte, der frei von antisemitischen, mythologisierten und traditionellen Standpunkten war. Mit der Fortsetzung der von Newsorow (oder genauer: der gemeinsam mit ihm) initiierten Sache entwickelte Shirinowskij den nationalen Populismus (und damit auch die konservativen Strömungen) qualitativ weiter.

Zu der genannten Richtung gehört drittens eine Gruppe von Politikern, die seit kurzem der parlamentarischen Gruppe *Sojus* (einer Fraktion im Obersten Sowjet) nahesteht und im Obersten Sowjet der RSFSR Fraktionen wie den *Kommunisten Rußlands* verwandt ist. Obwohl sie nach dem Putsch in ihrem Kampf für die Erhaltung der Union eine herbe Niederlage erlitten hatten, setzten sie ihn mit umso größerer Verbitterung auch unter den neuen Bedingungen und mit neuen Bündnispartnern fort.

Generell werden die vielfältigen national-populistischen Bewegungen und Parteien durch folgende Merkmale charakterisiert: 1.) die Forderung nach Wiederherstellung der UdSSR in vollem Umfang (das Baltikum eingeschlossen), 2.) angespannte Aufmerksamkeit für die Lage der russischen Minderheiten in den abgespaltenen Republiken und bewußtes Aufbausuchen von Fakten, die auf eine Diskriminierung von Russen hinweisen, 3.) das Bestreben, die sowjetischen Streitkräfte auf ihre Seite zu ziehen, 4.) die Tendenz, auf elementare Masseninstinkte zu setzen, 5.) die deklamatorische Ablehnung des Kommunismus als Ideologie bei gleichzeitiger Loyalität gegenüber den Kommunisten, mit denen enge Kontakte geknüpft werden im Kampf gegen die Demokraten, 6.) aktives Eintreten für das Ideal der sozialen Gerechtigkeit, während hinsichtlich der Wirtschaftsform keine erkennbaren Prioritäten gesetzt werden, 7.) Haß auf Jelzin und die Demokraten.

Eine massive Unterstützung für den Nationalpopulismus ist von dem älteren Teil der Bevölkerung zu erwarten, von den Arbeitern der Staatsbetriebe (vor allem den nichtqualifizierten), von der sich vergrößernden Schicht der marginalisierten Bevölkerungsteile (die ihre normalen Existenzbedingungen verloren haben), und von der dörflichen Bevölkerung. In diesen Schichten müssen dem Nationalpopulismus erheblich

größere Erfolgsaussichten eingeräumt werden als dem Kommunismus. Dabei ist seine populistische Komponente wirksamer und aussichtsreicher als die eigentlich nationale, die aber einfachste Masseninstinkte betont und damit eine wesentliche Ergänzung bedeutet. Hier ein kurzer Überblick über die wichtigsten Bewegungen und Parteien dieser Richtung:

- Die *Nationalpatriotische Front 'Pamjat'* (NPPF) bildete sich im Mai 1988 auf der Basis einer Vereinigung, deren Wurzeln zurückreichen bis zum Anfang der achtziger Jahre. Die Tatsache, daß die Führung der NPPF ausschließlich bei D. Wassiljew lag, war Anlaß zu zahlreichen Spaltungen, in deren Folge neue patriotische Gruppen entstanden. Unverändert steht der Mythos von der zionistischen Verschwörung gegen Rußland im Zentrum ihrer Ideologie. Der Traditionalismus von *Pamjat* zeigt sich in der offengeäußerten Propagierung von Monarchie und orthodoxer Rechtgläubigkeit. Ursprünglich bevorzugten die *Pamjat*-Gruppen Straßen-Demonstrationen und öffentliche Meetings, später legten sie mehr Wert auf illegale Arbeit, vor allem auf die Schaffung paramilitärischer Gruppen. Der legale Teil ihrer Aktivitäten verlagerte sich von der Straße in den Mediensektor. Heute geben sie eine Reihe von Zeitungen heraus. Die NPPF hat sogar eine eigene Radiostation, was allerdings ihrer Imagebildung nicht förderlich ist. Viele der national-patriotischen Zeitungen (z.B. "Der Puls von Tuschino" in Moskau oder "Russische Fahne" in Petersburg) sind organisatorisch nicht mit irgendwelchen politischen Gruppen verbunden, sondern stehen ihnen nur ideologisch nahe.

- Die *Republikanische Volkspartei Rußlands* (RVPR) ist einer der Ableger der Leningrader *Pamjat*; an ihrer Spitze steht N. Lyssenko. In ihrem Programm versucht die RVPR ihre antisemitische Einstellung zu verbergen und verweist stattdessen auf Sol-schenizyns berühmte Broschüre: "Wie müssen wir Rußland umbauen".

- Die *Liberal-Demokratische Partei der Sowjetunion* (LDPSU) war 1989 als eine der zahlreichen 'informellen' Gruppen entstanden. Dann änderte sie ihren Namen in *LPD Rußlands*. Später trat ihr W. Shirinowskij bei, der zuvor versucht hatte, die *Sozial-Demokratische Partei* zu gründen. Diese zu Beginn winzige Gruppierung wurde populär, als sie sich nach ihrem Beitritt zu dem ebenfalls sehr kleinen *Zentristischen Block* dem Regime gegenüber für loyal erklärte und ihre Dienste bei der Stabilisierung des Landes anbot. Der konservative Teil des Apparats nahm diesen Vorschlag nicht ernst und nutzte die LDP aus, um die Illusion einer pluralistischen Parteienlandschaft in der UdSSR zu schaffen. Die LDP wurde folglich als erste Partei offiziell auf Unionsebene registriert. Shirinowskij wurde auf höchster Ebene empfangen und erhielt viele offizielle Partei- und Staatseinladungen aus dem Westen. Da die LDP offiziell registriert war, konnte er seine Kandidatur zu den Präsidentschaftswahlen in Rußland anmelden. Dies gab ihm die Möglichkeit seine Propaganda einem Millionenpublikum nahezubringen. Im Zentrum stand die Behauptung, nur er, Shirinowskij, könne das Land aus der Krise führen... Er versprach, umgehend die Bedürfnisse aller Bevölkerungsgruppen zu befriedigen (dabei galt seine besondere Aufmerksamkeit der Armee). Die Wirtschaft wollte er mittels eines neuen Zugangs zur nationalen Politik gesunden lassen: Auf dem Territorium der UdSSR würden alle nationalen Republiken und autonomen Gebiete aufgehoben, und die frühere UdSSR erhielte die Bezeichnung Rußland. Damit würden auf einen Schlag alle nationalen Konflikte beseitigt, und die Nationen und Völker endgültig pazifiziert. Er betonte besonders, daß die Verteidiger des unterdrückten russi-

schen Volkes sowohl in Rußland selbst als auch in den anderen Republiken zu suchen seien. Das Verhalten Shirinowskijs während der Vorwahl-Debatten war provozierend frech und aggressiv gegenüber Journalisten und politischen Gegnern. Insgesamt brachte ihm das unstrittig Erfolg: 7% derjenigen, die zur Wahl gingen (mehr als sechs Millionen Menschen) gaben ihm ihre Stimmen (nur Jelzin und Ryshkow erhielten mehr). Shirinowskijs ist entschlossen, bei den nächsten Wahlen zu siegen, und führt daher schon heute Agitationskampagnen in Rußland und anderen souveränen Republiken durch. Umfragen zufolge wächst sein Ansehen unaufhörlich. Während die demokratische Intelligenz früher über Shirinowskijs lachte, fürchtet sie ihn heute.

- Die *Partei der Wiedergeburt Rußlands* (PdWR) wurde Endes 1991 gegründet. Ihr Initiator war W. Skurlatow, der seit Anfang der sechziger Jahre bekannt ist als Autor eines in faschistischem Geist verfaßten Manifests. Mit Rücksicht auf die politische Konjunktur gründete er die demokratisch orientierte *Russische Volksfront*. Seine Versuche, im demokratischen Milieu Anerkennung zu finden, waren jedoch nicht von Erfolg gekrönt, und seit der triumphalen Wahlkampagne Shirinowskijs) hielt er es für opportuner, die demokratische Aufmachung seines Populismus durch eine national-imperiale zu ersetzen. Das Ergebnis war die PdWR, die hochstehenden Politikern eine Fortsetzung ihrer Karriere ermöglichte, so z.B. E. Kogan, einem bekannten Gegner des baltischen Separatismus, der nach der Auflösung des Obersten Sowjets der UdSSR, in dem er einer der Führer der Fraktion *Sojus* war, keine Position mehr innehatte.

- Die *Union des gesamten Volkes Rußlands* (UGVR) ist konzipiert als eine breite Allianz konservativ-imperialer Kräfte, die die Traditionen der parlamentarischen Gruppe *Sojus* fortsetzen. Zu ihr gehören nicht nur Mitglieder dieser Gruppe, d.h. ehemalige Abgeordnete der UdSSR, sondern auch Mitglieder der gegenwärtigen Fraktionen im russischen Parlament wie der *Kommunisten Rußlands*. Der bekannteste Vertreter der erstgenannten Gruppierung ist W. Alksnis, Oberst und ehemaliger Direktor eines der Unionswerke in Lettland, der aktiv für den Verbleib des Baltikums in der UdSSR kämpfte. Zur zweiten Gruppierung zählt in erster Linie W. Baburin, der Führer der gemäßigt-konservativen Kräfte im russischen Parlament. Es handelt sich hierbei um ehemalige Kommunisten, die erkannt haben, daß die kommunistische Ideologie in ihrer früheren Form keine Chance mehr hat, und die nun versuchen, die alten Werte wie soziale Gerechtigkeit oder Einheit des Imperiums in neuem ideologischen Gewand zu aktivieren. Unter ihnen gibt es praktisch keine Anhänger der zentralen Planwirtschaft. Außerdem ist dieser Teil der national-populistischen Richtung am wenigsten populistisch, denn ihre Vertreter sind weniger auf Versammlungen aktiv als in den Parlamenten und in den Korridoren der Macht.

- Die Bewegung *Die Unsrigen* hat weder Organisation noch Struktur. Ihr Inspirator und Führer ist ausschließlich A. Newsorow, der nach seiner Reportage über die Aktionen sowjetischer paramilitärischer Kräfte in Wilna (er nannte sie "die Unsrigen") noch ein halbes Jahr lang (bis zum Putsch) die Möglichkeit hatte, seine Ansichten zu propagieren und die Hörer seines Leningrader Fernsehprogramms "600 Sekunden" lang zu indoktrinieren. Seit dem Putsch ist er dieser Möglichkeit faktisch beraubt. Seither beteiligt er sich aktiv an gegen die Regierung gerichteten Versammlungen. Ungeachtet seiner Sehnsucht nach Großrußland, unter das er auch die ehemaligen Staaten des 'sozialistischen Lagers' subsumiert, bildet die herzerreißende Klage über die Not schutzloser Bevölkerungsgruppen (der Alten, Invaliden, Obdachlosen), die unter der

Schamlosigkeit und der Korruption der neuen demokratischen Mächte litten, sein propagandistisches Hauptmotiv. Das beeindruckt nicht nur die Unterschichten, sondern den konservativen Teil der Bevölkerung insgesamt. Die Chancen, die eine derartige Massenmobilisierung besitzt, zeigen Umfragen in St. Petersburg, d.h. in einer Stadt, in der die "600 Sekunden" die höchsten Einschaltquoten hatten. Im Januar 1992 lag Newserow mit etwa 20% an zweiter Stelle nach Jelzin mit 45% und vor Shirinowskij mit 17%.

3. Résumé

Zum Abschluß dieses Überblicks über das politische Spektrum des gegenwärtigen Rußlands möchte ich nochmals betonen, daß er keinen Anspruch auf Vollständigkeit erhebt. Charakterisiert wurden nur die allgemeinsten Richtungen, wie sie sich bis Ende 1991 abzeichneten. Gegenwärtig (Januar 1992) durchleben wir eine kritische Entwicklungsphase. Nach dem erdrückenden Übergewicht der Demokraten gegenüber den Konservativen kommt es jetzt augenscheinlich zu einem Kräfteausgleich. Ob dies andauern wird, ob er sich als relativ friedlich erweisen oder in Auseinandersetzungen münden wird, und welcher Teil der Bevölkerung sich an derartigen Auseinandersetzungen beteiligen würde - die Antwort auf diese Fragen wird wesentlich von den Ergebnissen der Jelzinschen Wirtschaftsreform abhängen. Verschlechtert sich die Lage, dann wird die Zahl der Parteien als Folge von Zusammenschlüssen vermutlich abnehmen. So könnte es gelingen, die Kluft zwischen Massenstimmungen und Parteipolitik zu überwinden und eine breitere und verlässlichere Massenbasis zu schaffen.

Die russischen Parteien bis zum Sommer 1992

Bei den Aktivitäten der Parteien Rußlands lassen sich in der ersten Hälfte des Jahres 1992 drei grundsätzliche Tendenzen nachzeichnen.

1. Die Spaltungen im demokratischen Lager und dessen allgemeine Schwächung;
2. die Konsolidierung des konservativen Lagers;
3. die Aktivierung der 'dritten Kraft' mit der Industrielobby an der Spitze.

Im Kontext mit der in diesem Aufsatz ausgearbeiteten Klassifikation bedeutet dies:

- die demokratische Richtung des Spektrums hat an Kraft verloren;
- die national-populistische Richtung hat stark gewonnen;
- die konservativ-demokratische Richtung hat sich reorganisiert und setzt ihre Konsolidierung fort.

Katalysator dieser Prozesse ist vor allem die Politik von Präsident Jelzin und der von ihm geführten Regierung. Dabei ist das Verhältnis zu Jelzin und Gajdar ein deutlicher politischer Indikator. Jelzin genießt die volle Unterstützung der radikalen und bedingt die Unterstützung der gemäßigt (oft bedingt) konservativen Demokraten. In offener Opposition zu ihm befinden sich die National-Populisten, die Kommunisten, die Sozialisten und eine kleine Gruppe von ultraradikalen Demokraten.

1. Die Demokraten

Die auffälligste Spaltung im Lager der Demokraten fand noch im Januar statt, als der Führer des *Demokratischen Rußlands*, Jurij Afanasjew, seine Organisation mit einer Gruppe von Anhängern verließ. Obwohl die Gruppe klein war, versetzte der Abgang Afanasjews dem DR einen empfindlichen Schlag. Geblieben sind z.B. L. Ponomarjew, W. Bokser und K. Ignatjew. Nichtsdestoweniger bewahrt das DR - vor allem dank der aktiven Hilfe, die ihm durch die exekutiven Strukturen erwiesen werden - einen gewissen Einfluß auf die Politik. Einige Parteien (sozialdemokratische, republikanische usw.), die formal weiterhin zum DR gehören, sind in der Praxis nicht mehr von ihm abhängig. DR, die *Sozialdemokratische Partei Rußlands* und die *Volkspartei* sind sich jedoch einig in der aktiven Unterstützung der Politik der Regierung.

Eine Spaltung fand auch in der *Bewegung demokratischer Reformen* statt, welche sich in eine internationale, zum Konservatismus neigende und eine russische mit G. Popow an der Spitze spaltete. Der Rücktritt Popows vom Posten des Oberbürgermeisters von Moskau, den viele als Schwäche interpretierten, diente dabei als Anlaß für die Abspaltung einer Reihe regionaler Organisationen.

Die Versuche der Demokraten, eine neue Organisation zur Unterstützung des Präsidenten zu konstruieren, hatten bislang keinen Erfolg. So schufen sie am Vorabend des April-Kongresses einen sogenannten Bürger-Kongreß, der nach den Vorstellungen seiner Organisatoren die Grundlage für eine mächtige 'Präsidenten-Partei' bilden sollte. Obwohl auf dem Kongreß bei weitem nicht alle demokratischen Kräfte vorgestellt wurden, verlief er in einer Atmosphäre andauernder Skandale und endete mit einem vollen Mißerfolg. Etwas erfolgreicher waren die Bemühungen der Demokraten auf der parlamentarischen Ebene. Als Gegengewicht zur wütenden Attacke der konservativen Kräfte auf dem VI. Kongreß der Volksdeputierten Rußlands wurde ein parlamentarischer Block *Koalition zum Schutz der Reformen* gebildet, dem einige demokratische Fraktionen (DR, Radikale Demokraten, Linkes Zentrum usw.) angehören.

2. Die konservativen Demokraten: die Bürgerunion

Über die generelle Schwächung des demokratischen Lagers hinaus muß man im Frühjahr 1992 auch die Entwicklung auf seinem konservativen Flügel im Blick behalten. Dazu gehört insbesondere die Abwanderung der *Christlich-Demokratischen Bewegung Rußlands* und der *Konstitutionell-Demokratischen Partei* in das national-populistische Lager. Die *Demokratische Partei Rußlands* (mit Trawkin an der Spitze), die ihnen nicht gefolgt war, begann bald darauf erfolgreich neue Verbündete zu suchen.

Im Mai 1992 meldete sich mit großer Pose die *Allrussische Union Erneuerung* (AUE) zu Wort, die auf der *Russischen Vereinigung der Industriellen und Unternehmer* mit A. Wolskij an der Spitze gründet. Die soziale Basis der AUE bilden Direktoren und die politische Elite alten wie neuen Typs. Neben Generaldirektoren der größten Betriebe rekrutiert sich ihre Führung aus drei Stellvertretern des Vorsitzenden des Obersten Sowjets (S. Filatow, Ju. Jarow und W. Schumejko, der als trojanisches Pferd in die Regierung aufgenommen worden war), ferner dem Vorsitzenden des Moskauer Stadtsowjets N. Gontschar und führenden Köpfe der Gebietsverwaltungen. Tatkräftig unterstützt

wird Wolskij im *Bund der Industriellen* von A. Wladislawjew, dem Vorsitzenden des Organisationskomitees. Die AUE sprach sich bislang nicht gegen Präsident Jelzin aus, bekannte sich jedoch zu einer "konstruktiven Opposition" gegen die Regierung Gajdar, von der sie wesentliche Korrekturen des Reformkurses forderte. Wolskij verlangte insbesondere stärkere staatliche Anstrengungen zur Regulierung der Wirtschaft beim Übergang zum Markt.

Die AUE hofft, ihre soziale Basis erweitern zu können, wenn sich die Interessen der Direktoren und der Arbeitskollektive in den staatlichen Betrieben im Verlauf der Privatisierung teilweise überschneiden. Falls die Arbeitskollektive den Direktoren dabei ein Vorrecht auf die Betriebe einräumten, würden diese nicht die Kontrolle über die Betriebe verlieren. Die Tatsache, daß nach dem vom Obersten Sowjet angenommenen Privatisierungs-Gesetz die 'Voucher' gleichmäßig unter der ganzen Bevölkerung verteilt werden, ohne den Arbeitskollektiven Vergünstigungen einzuräumen, führte zu einer Unzufriedenheit, die die Direktorenlobby und ihre neue politische Organisation unter dem Motto: gesunder Menschenverstand und entideologisierte Pragmatismus, instrumentalisieren können.

Das Erscheinen dieser potentiell starken Kraft weckte die Aufmerksamkeit von Parteien gemäßigt-demokratischer Richtung. Trotz der isolierten Position der DPR zeigte die *Volkspartei 'Freies Rußland'* des Vizepräsidenten Ruzkoj Interesse an ihr. Diese Partei gab der demokratischen Richtung den Anschein eines gemäßigten Patriotismus, der außerordentlich vorteilhaft ist angesichts der Gefahr eines extremistischen National-Populismus. Gegenwärtig zeichnet sich eine in ihren Ausmaßen und politischen Chancen noch nie dagewesene Koalition einer *Bürgerunion* ab, die sich aus der mitgliederstarken Fraktion *Nachwuchs - Neue Politik* (den ehemaligen Komsomolzen) und einer Reihe hochgestellter Funktionäre der exekutiven und legislativen Macht rekrutiert. Hauptziel dieser neuen Koalition wird in der nahen Zukunft vermutlich weniger der Kampf um Wählerstimmen sein, als vielmehr die Bildung einer alternativen Regierung zu dem Kabinett Gajdar.

3. Die National-Populisten und die Kommunisten

Im Frühjahr 1992 intensivierte sich die national-populistische Opposition. Am 17. März fand im Zentrum Moskaus eine gegen die Regierung gerichtete Demonstration statt, die deshalb bemerkenswert war, weil an ihr zusammen mit den national-populistischen Kommunisten auch ehemalige Antikommunisten und Demokraten teilnahmen, die Jelzin den "Zerfall der UdSSR" nicht verziehen hatten. Dazu gehörten insbesondere die *Christlichen Demokraten* (CDBR) W. Aksjutschizews und die *Kadetten* M. Astawjews, die sich mit einer Reihe national-patriotischer Organisationen zur *Volksversammlung Rußlands* zusammenschlossen. Das mäßige politische Gewicht dieser Vereinigung steht in scharfem Widerspruch zu der enormen Rolle, die ihre Führer in den parlamentarischen Strukturen zu spielen begannen, vor allem im Kongreß der Volksdeputierten, in dem sich Kommunisten, National-Patrioten und die Verteidiger der Kolchosordnung zu einem Block *Russische Nationale Einheit* zusammenfanden. Neben der CDBR und den *Kadetten* spielen darin die Mitglieder der *Russischen Nationalen Versammlung* RNV, I. Konstantinow und N. Pawlow, ferner der Führer der national-kommunistischen *Union*

des gesamten Volkes Rußlands S. Baburin und der ursprünglich aus dem demokratischen Lager kommende W. Isakow eine wichtige Rolle.

Auf dem Kongreß im April verlangte die *Russische Nationale Einheit* den Rücktritt der Regierung und erreichte ihr Ziel. Im Mai erweiterte sie den Katalog ihrer Forderungen: Man versuchte, den Rücktritt Jelzins vom Posten des Präsidenten zu erreichen. Zur Erreichung dieses Ziels sammelten zahlreiche außerparlamentarische kommunistische und nationalistische Organisationen Unterschriften für ein Referendum über das Impeachment des Präsidenten.

Die außerparlamentarischen Aktionen der Opposition wurden zunehmend aggressiver; vor allem die Kommunisten (die Bewegung *Schaffendes Rußland*, die *Kommunistische Arbeiterpartei Rußlands* u.a.) legten dabei besonderen Eifer an den Tag. Anfang Juni belagerten sie das Fernsehzentrum und forderten, ihnen Sendezeit zur Verfügung zu stellen. Es überwogen gegen Jelzin gerichtete, antikapitalistische und antisemitische Losungen. Die Mitarbeiter des Fernsehentrums wurden moralisch und physisch belästigt; man versuchte sogar, das Fernsehzentrum zu stürmen. Der Platz, der neben dem Fernsehzentrum besetzt worden war, wurde zum Territorium der UdSSR erklärt und der Anführer der Belagerer, der Abgeordnete des Moskauer Stadtsowjets, W. Anpilow, zu seinem Oberhaupt ernannt. Die Kommunisten und die Patrioten verbreiteten Flugblätter, in denen sie, wie auch in ihren Presseorganen, zum Bürgerkrieg und zum Sturz des demokratischen Regimes aufriefen.

Vor diesem politischen Hintergrund ist es um die Konsolidierung der eigentlich national-populistischen Kräfte schlecht bestellt. In letzter Zeit machte die *Russische Landesversammlung* mit dem ehemaligen KGB-General A. Sterligow und dem bekannten patriotischen Schriftsteller W. Rasputin am meisten von sich reden. Unter den Organisatoren, die die Versammlung beeinflussen, sind auch offen faschistische. Die Versammlung setzt sich für die umfassende Wiederherstellung des sowjetischen Imperiums ein, für eine feste Ordnung und die Säuberung der Politik und der Wirtschaft von nicht-russischen Elementen - sowohl von inneren als auch von äußeren. Die Versammlung erklärte sich zur Übernahme der Macht bereit.

Der sozialistischen Richtung gelang es nicht, zu einer realen politischen Kraft zu werden. Insgesamt läßt sich feststellen, daß sie gegenüber der Staatsmacht an Einfluß gewonnen hat und heute in Richtung Konservatismus geht. Gleichwohl grenzt sie sich zuweilen auch von den extremistischen Positionen der Kommunisten ab.

4. **Résumé**

Das politische Spektrum ist gegenwärtig dreigliedrig. Angesichts der Konfrontation oder beinahe schon des Konflikts zwischen Demokraten und Konservativen (National-Populisten und Kommunisten) haben die 'Zentristen' in Gestalt der konservativen Demokraten die größten Chancen, ihren Einfluß zu vergrößern und die Exekutive - nicht aber aber das Präsidentenamt - zu übernehmen.

Exkurs: Parteien in der Provinz

Die Städte auf dem Territorium Rußlands lassen sich danach unterscheiden, wie stark in ihnen Parteiaktivitäten stattfinden. In einer kleineren Gruppe üben Parteien einen gewissen Einfluß auf die örtliche Politik aus, während in der größeren Gruppe die Rolle der Parteien bestenfalls nominal ist. Aber selbst in der ersten Gruppe erhalten die Parteien keine größere Unterstützung durch die Bevölkerung. Insgesamt gilt: je stabiler die Lage in der Region, desto geringer die Rolle der politischen Parteien.

1. Das Demokratische Rußland

Das DR und andere Organisationen, die Präsident und Regierung unterstützten, befanden sich in einer eigentümlichen Situation, denn die Unterstützung durch den Präsidenten war weitgehend abstrakt und symbolisch. In der Zeit nach dem August-Putsch veränderte sich die Struktur dieser Bewegung (und auch der sie konstituierenden Parteien) beträchtlich. Ihr organisatorisches Zentrum verlagerte sich aus Moskau und St. Petersburg in die Bezirke. Dort verfolgen die demokratischen Gruppierungen eine selbständige Politik, die seitens des Zentrums nur koordiniert wird.

Bislang war das DR am erfolgreichsten in der Lokalpolitik. Die lokalen Wahlerfolge brachten Nutzen, obwohl der Stimmenanteil des DR in den Sowjets keineswegs die Stimmung der Wähler widerspiegelte: "Die Fraktion des DR - ungefähr 50 Mitglieder (von insgesamt 300 Stadträten) - bildete im Stadtsowjet von Saratow den Kleinen Stadtsowjet und stellte drei von fünf Vorsitzenden von Kommissionen bzw. die Mehrheit unter den Vorsitzenden des Stadtexekutivkomitees. Die meisten Zeitungen in der Stadt befinden sich unter seiner Kontrolle. Im Januar 1992 wurde die Süd-Ost-Börse «Helon» gegründet. Betreiber der Börse wurde gemeinsam mit kommerziellen Unternehmen das Stadtexekutivkomitee von Saratow. Zum Direktor wurde der Vorsitzende des DR, Dawydow, gewählt. Er ist auch der Vorsitzende der Unternehmer- und Pächtervereinigung und leitet die Firma WNIPIinformBUTEK, die insbesondere mit der Herstellung von Dokumenten für die Privatisierung befaßt ist.

Die Bedeutung, die die Vorsitzenden in der städtischen Exekutive und im Stadtrat sowie im DR im Privatisierungsprozess und bei der Schaffung einer neuen ökonomischen Elite spielen, wächst ständig. Gleichzeitig führt die Machtkonzentration bei den städtischen Führungsorganen und die Konzentration der finanziellen Mittel in den Händen dieser Gruppe zu Mißbrauch und Willkür angesichts der Tatsache, daß es auf lokaler Ebene keine Vorgaben für die Privatisierung gibt, und daß die russische Gesetzgebung in dieser Hinsicht mangelhaft ist."²⁾

Mit der Ernennung eines Gebietsverwaltungschefs geriet die Position des DR stark ins Wanken. Es zeigte sich, daß die Demokraten ihre führende Stellung nur in einem 'Interregnum' behaupten konnten. Die Exekutivkörperschaften - und zwar von der Gebietsebene bis hin zum Präsidenten - hielten die demokratischen Organisationen für nicht seriös, dennoch bildeten sie das einzige Reservoir für potentielle Verwaltungskader.

2) Vgl. O. Fomenko: Meinungsbefragung der IGPI zur politischen Situation im Gebiet von Saratow.

Als Maximum konnten die Demokraten die Kontrolle eines Stadtsowjets (wie z.B. in St. Petersburg) und eines Bürgermeisteramtes erreichen. Letzteres ist sogar dann möglich, wenn sie nicht über die Mehrheit im Stadtrat, wohl aber über einflußreiche Fraktionen in den Stadträten und den Gebietsräten verfügen. Eine derartige Situation ergab sich im Pskowker Gebiet: "Gegenwärtig verfügt das DR weder im Gebiets- noch im Stadtsowjet über die Mehrheit. Im Kleinen Sowjet der Stadt ist das DR durch einen Abgeordneten vertreten, ebenso im Kleinen Gebietsowjet. Der DR-Abgeordnete im Gebietsowjet, Prokofjew, wurde im Mai 1992 Bürgermeister von Pskow. Wie sich im Mangel an Erfahrung bei der Auswahl der Kandidaten zeigt, hat das DR auf die Bildung des neuen Machtapparates keinen Einfluß. Der Anschein an Bedeutung, den sich das DR gibt, entspricht nicht der Realität.³⁾

Wie wir sehen, ist das Einrücken der Demokraten in die Exekutivorgane nicht mit ihrer Parteizugehörigkeit verbunden, sondern geschieht auf die traditionelle Art und Weise: durch Bekanntschaften, Absprachen und Verabredungen hinter den Kulissen.

Gegenwärtig verstärken sich zwei Tendenzen, die die Position der Demokraten überhaupt und des DR im Besonderen schwächen: Zum einen stärkt die Exekutive ihre Macht auf Kosten der Legislativen, zum anderen wird die Gebietsleitung über die Stadt gestellt; die Stärke der Demokraten liegt aber in den Städten, den gesetzgebenden Organen. In dieser Situation vergrößert sich natürlich das Interesse des DR an Kontrollfunktionen. Auf seine Initiative hin wurden unter seiner Beteiligung in vielen Regionen gesellschaftliche Komitees für Reformen in Rußland geschaffen. Sie sollen Informationen darüber nach Moskau liefern, wie örtliche Organe die Reformen unterlaufen.

Wo immer Demokraten ein gewisses Gewicht haben, bemühen sie sich darum, zum Beispiel die Privatisierungs-Komitees und andere wirtschaftliche Zentralpositionen zu übernehmen, und sie beteiligen sich aktiv an dem neuen kommerziellen Sektor.

2. Andere demokratische Parteien

Die Zusammenarbeit der demokratischen Parteien verläuft in der Provinz etwas anders als in Moskau, wo ihre Grenzen viel deutlicher markiert sind. Die Abgrenzung zwischen den Parteien ist in der Provinz viel schwächer, was sowohl in ihrer geringen Zahl, als auch in der größeren Praxisnähe der Aufgaben begründet ist. Fälle, in denen eine Partei unabhängig vom DR Einfluß besitzt, sind äußerst gering. Als Beispiel sei die Organisation der DPR im Magadaner Gebiet angeführt: Selbständige Aktivitäten der Parteien entwickeln sich in der Regel außerhalb des Parlaments und drücken sich in der Schaffung eigenständiger kommerzieller Unternehmen und Presseorgane aus.

Der Einfluß, den eine Partei besitzt, ist vom Votum der Bevölkerung völlig unabhängig, sondern hängt beispielsweise von der Haltung des Gebietsparteisekretärs ab. Dank einer derartigen Unterstützung hat die Pskowker Abteilung der DPR die Möglichkeit, ihre Zeitung in großer Auflage herauszubringen.

Im Herbst vergangenen Jahres schien die DPR in der russischen Provinz eine solide Machtbasis zu bekommen. Zwei Wochen nach dem August-Putsch erschien in der Gebietszeitung von Pense ein "Appell zur Unterstützung der DPR", unterschrieben von 16

3) Vgl. M. Razorenowa: Befragung im Pskower Gebiet.

Funktionären des eben liquidierten Gebietskomitees der KPdSU. Mitglieder der alten exekutiven Strukturen traten in einigen Städten (wie in Nowotscherkassk) fast geschlossen in die DPR ein, die sie augenscheinlich als das neueste Surrogat der KPdSU betrachteten. Im Gegensatz zu ihren großen Erwartungen erhielten die Führer der DPR jedoch entweder keine staatlichen Posten (Schewardnadse, Jakowlew), oder sie unterminierten selbst ihre Autorität (Sobtschak, Popow). Jedenfalls konnte sich die DPR als Machtpartei nicht halten.

3. Oppositionelle Bewegungen und Parteien

Die Aktivitäten der konservativen Opposition (Kommunisten und National-Patrioten) sind am stärksten in Moskau und in St. Petersburg. Das liegt u.a. daran, daß die Opposition im russischen Parlament über mächtige Fraktionen verfügt und sie gleichzeitig parallel dazu als quasi außerparlamentarische Opposition in den lokalen Strukturen verankert ist.

3.1 Kommunisten

Die aktive Mehrheit der Parteimitglieder in Gebietssowjets ist grundsätzlich nicht geneigt, die neuen Kommunisten zu unterstützen, denn sie vertreten keine ideologischen, sondern materielle Ziele. Selbstverständlich gibt es Ausnahmen. Der Lipetzker Gebietssowjet, der sich in offener Opposition zur russischen Regierung befindet, richtete eine Grußbotschaft an den Woronowser Kongreß der Volksdeputierten der UdSSR. In Lipezk fand eines der Parteiplenen von Nina Andrejewa statt. Generell aber gilt: Wenn die Kommunisten irgendwo Erfolg haben, dann nicht dank der Schirmherrschaft der örtlichen Organe, sondern als Gegengewicht zu deren Politik. Schon jetzt lassen sich Regionen nennen, wo das Aufflammen kommunistischer Aktivitäten wahrscheinlich ist: "Die linke Bewegung in Nischnij Nowgorod übertrifft bei weitem alle Kräfte der Demokraten. Die *Sozialistische Partei der Werktätigen* hat in allen Stadtteilen Büros und in drei Kreisen des Gebiets ein Kampfaktiv. Die KAPR hat Büros in vier Stadtteilen.

Die Beziehungen der Bewohner der Stadt zu den Kommunisten sind besser als in allen anderen Gebieten. Nach Meinung ortsansässiger Beobachter läßt sich dies durch die hohe Autorität der KPdSU in der Vergangenheit erklären [...] Das Gebiet von Gorki war immer eine Kadenschmiede für Moskau, die ersten Gebietssekretäre gingen oft als Teil ihrer Karriereleiter dorthin. Notwendigerweise rotierten in der Folge auch alle übrigen Kader. Angesichts der traditionellen Anziehungskraft der kommunistischen Idee in der Bevölkerung, der Schwäche der demokratischen Organisationen und des Willen der Verwaltung, den Prozeß der Privatisierung auf jeden Fall voranzutreiben, ist es sehr wahrscheinlich, daß in diesem Gebiet früher oder später eine explosive Situation entsteht.⁴⁾

Die Gefahr, daß die Kommunisten stark werden, ist besonders groß in den Regionen, in denen es ein Überangebot an Betrieben der WPK gibt und die sich nicht selbst mit Lebensmitteln versorgen können (hier sind in erster Linie Swerdlowsk und Tscheljabinsk

4) Vgl. O. Fomenko: Befragung im Nischegorodsker Gebiet.

zu nennen). In Städten wie Nischnij Nowgorod kann sie noch anwachsen. Zurückzuführen ist das auf eine enorme Differenzierung, die durch die barbarische Politik der Privatisierung noch vertieft wird.

3.2. National-Patrioten

Die national-patriotische Richtung entwickelt sich gegenwärtig in Petersburg und Moskau am stärksten. Man kann deshalb annehmen, daß einer ihrer Katalysatoren nicht so sehr eine Besitz-, sondern eine Statusdifferenzierung zwischen gebildeten und einfachen Menschen ist. Darum sind sie am erfolgreichsten in Großstädten, wo der breiten Schicht der Intelligenz ein nur wenig kleinerer Anteil an geringqualifizierten Arbeitern gegenübersteht. Eine solche Atmosphäre bildet den Nährboden für das Anwachsen eines politisch und ideologisch motivierten Nationalismus. Aus den Großstädten wird er dann dorthin exportiert, wo der Streit zwischen den Nationen wuchert und folgerichtigerweise wird er dort zum Nährboden für seine weitere Ausbreitung.

(Übersetzung: Wolfgang Schlott; redaktionelle Bearbeitung: Marlene P. Hiller)

Abkürzungsverzeichnis

AUE	Allrussische Union Erneuerung (Vcerossiskij Sojuz Obnovlenie)
BDR	Bewegung Demokratischer Reformen (Dvizenie demokraticeskich reform)
CDBR	Christlich-Demokratische Bewegung Rußlands (Rossijskoe Chri-stiansko-Demokraticeskoe Dvizenie)
DPR	Demokratische Partei Rußlands (Demokraticeskaja partija Rossii)
DR	Bewegung "Demokratisches Rußland" (Dvizenie Demokraticeskaja Ros-sija)
GUS	Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (Sodruzestvo Nezavisimych Go-sudarstv)
KAPB	Kommunistische Allunions-Partei der Bolschewiken (Vsesojuznaja kommunisticeskaja partija bol'sevikov)
KAPR	Kommunistische Arbeiterpartei Rußlands (Rossijskaja kommunistices-kaja rabocaja partija)
KDP-PVF	Konstitutionell-Demokratische Partei - Partei der Volksfreiheit (Konstitucionno-demokraticeskaja partija - Partija narodnoj svobody)
KGB	Komitee für Staatssicherheit (Komitet Gosudarstvennoj Bezopasnosti)
KPdSU	Kommunistische Partei der Sowjetunion (Kommunisticeskaja Partija So-vetskogo Sojuza)
LDPSU	Liberal-Demokratische Partei der Sowjetunion (Liberal'no-demokrati-ceskaja partija Sovetskogo Sojuza)
NPFF	Nationalpatriotische Front 'Pamjat' (National'no-patrioticeskij Front 'Pamjat')
OMON	Miliz-Sonderkommandos (Otrjad Milicii Osobogo Naznacenij)
PdA	Partei der Arbeit (Partija truda)
PdWR	Partei der Wiedergeburt Rußlands (Rossiskaja Partija Vozrosdenie)
PKR	Partei der Kommunisten Rußlands (Rossijskaja partija kommunistov)
RNS	Russische Nationale Versammlung (Russkoe Nacional'no Sobranie)
RPR	Republikanische Partei der Föderation Rußland (Respublikanskaja par-tija Rossijskoj Federacii)

RSFSR	Russische Sozialistische Föderative Sowjetrepublik (Rossijskaja Sovetskaja Federativnaja Socialisticeskaja Respublika)
RVPR	Republikanische Volkspartei Rußlands (Respublikanskaja Narodnoaja Partija Rossii)
SDPR	Sozial-Demokratische Partei der Föderation Rußland (Sozial-demokratičeskaja partija Rossijskoj Federacii)
SPW	Sozialistische Partei der Werktätigen (socialisticeskaja partija trud-jascichsja)
UdSSR	Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken (Sojuz Sovetskich Socialisticeskich Respublik)
UGVR	Union des gesamten Volkes Rußlands (Rossiskij obscenarodnyj sojuz)
VPFR	Volkspartei 'Freies Rußland' (Narodnaja partija "Svobodnaja Rossija")
VPR	Volkspartei Rußlands (Narodnaja partija Rossii)
ZK	Zentralkomitee (Cenral'nyj Komitet)

Anmerkung der Übersetzer:

Nicht eindeutig wiedergegeben werden konnte im Deutschen die Unterscheidung von "russkij" (= russisch) und "rossijskij" (sich auf Rußland beziehend). Während "russisch" vorrangig ethnisch-kulturell das russische Volk im Blick hat, bezieht sich "rossijskij" auf Staat und Territorium Rußland mit seinen etwa 100 Völkern und Nationalitäten. Statt des wenig geläufigen Adjektivs "rußländisch" ist die nominale Variante verwendet worden: Rossijskaja partija kommunistov - Partei der Kommunisten Rußlands, dito: Rossijskaja Federacija - Föderation Rußland (die offizielle Bezeichnung des Staates ist seit Frühjahr 1992 Rossija/Rossijskaja Federacija).